

Relation 3,8 gegen 5,1, Gini-Koeffizient 26,3 gegen 30,7), hat sich entgegen den Erwartungen jedoch weder in der EU-27 noch in Österreich nennenswert verändert. In Deutschland hingegen ist die Quintilrelation (Familie mit 2 Kindern) von 3 auf  $4\frac{1}{2}$  und die Armutsgefährdung von 12% auf 16% gestiegen. In Österreich hat sich die Armutsgefährdung (nach Transfers) in der Krise nicht verändert (12% der Bevölkerung), in der EU-27 ist sie um  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt auf 17% gestiegen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die Medien – und wohl auch die Bevölkerung – die Verteilungslage deutlich kritischer sehen: Die Zahl der Sozialhilfeempfänger wie der Obdachlosen hat auch in Österreich zugenommen, die Schere zwischen Höchst- und Durchschnittseinkommen öffnet sich immer stärker, und die Lohnquote sinkt.<sup>30</sup> Dennoch zeigt die optimistische Einschätzung der persönlichen Berufs- und Finanzlage (siehe weiter vorne), dass die gefühlte Einkommenssicherheit des Durchschnittsösterreicherers durch die Krise nicht beeinträchtigt wurde, das Vertrauen in das soziale Netz somit gehalten hat. Dazu dürften einige soziale Absicherungsmaßnahmen vor und während der Krise beigetragen haben.

Insgesamt kann somit auch die Untersuchung der weithin unbestrittenen Bestimmungsgründe der Lebenszufriedenheit bloß eine beschränkte Erklärung der günstigen österreichischen Entwicklung während der Krise liefern. Unter den persönlichen Bestimmungsgründen haben sich Stabilität der Ehen und Gesundheitszustand leicht verbessert, die sozialen Beziehungen jedoch eher verschlechtert. Bei den ökonomischen Bestimmungsgründen liegt Österreich generell deutlich besser als die EU-27, und es gab auch keine (statische erfasste) Verschlechterung in der Krise. Letzteres wäre natürlich eine gute Begründung dafür, dass sich auch die Lebenszufriedenheit nicht verschlechtert hat; allerdings ist fraglich, wie weit die relativ günstigen Daten der Statistik der Bevölkerung bewusst sind bzw. in einer Situation geglaubt werden, in der die Medien voll Bedrohungs- und Krisenrhetorik sind. Zumindest in der Frage der Einkommensverteilung widerspricht die öffentliche Meinung den statistischen Daten offensichtlich.

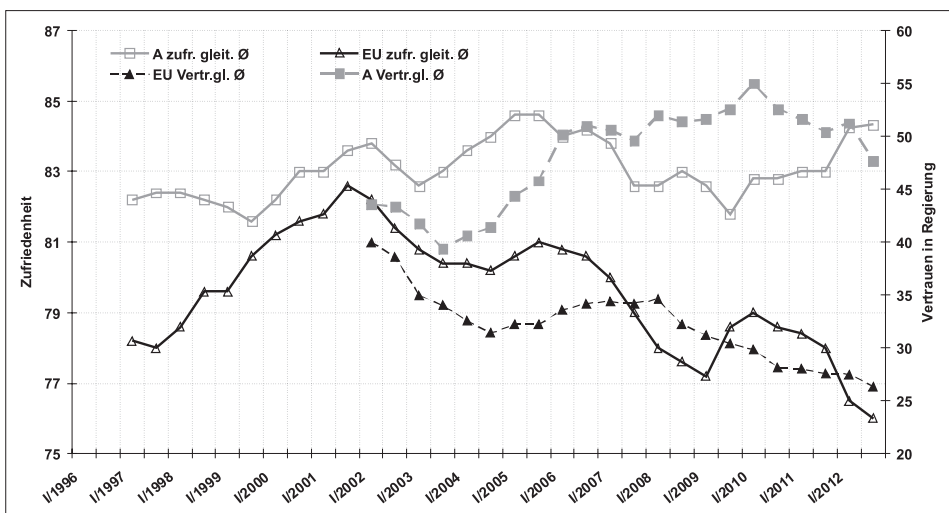
#### **4. Das zweistufige österreichische Optimismusgefälle**

Interessanterweise lässt sich in Österreich eine Tendenz zu einem zweistufigen Optimismusgefälle erkennen: Die persönliche berufliche und finanzielle Lage wird günstiger eingeschätzt als die des Landes und die Lage des Landes günstiger als die der EU oder gar der Welt. Deutlich stärker als die EU-Bürger machen die Österreicher die EU für die wenig befriedigende Entwicklung verantwortlich: 41% sind der Meinung, die wirtschaftliche Zukunft des Landes wäre ohne EU günstiger,<sup>31</sup> ohne dass allerdings die EU-Politik deswegen für falsch gehalten würde: Denn trotz der breiten

Kritik an der Austeritätspolitik glauben gleichfalls 41%, dass die EU zumindest in die richtige Richtung steuert. Der scheinbare Widerspruch könnte damit erklärt werden, dass die Österreicher – ähnlich wie die Deutschen – über Inflation und Staatsschuld stärker besorgt sind als die übrigen Europäer und damit die Austeritätspolitik weniger ablehnen. Allerdings ist das Vertrauen der Österreicher in die EU (37%) merklich geringer als in die eigene Regierung (49%) und auch geringer als etwa in die UNO (53%). Bloß 45% der Österreicher sind mit der Demokratie in der EU zufrieden (70% hingegen mit der nationalen). Die meisten dieser Einschätzungen der Österreicher werden von den EU-Bürgern auf etwas niedrigerem Niveau im Großen und Ganzen geteilt, mit einer zentralen Ausnahme: Der eigenen Regierung vertrauen 49% der Österreicher, aber bloß 27% der EU-Bürger<sup>32</sup> (Abbildung 6). Das Vertrauen in die österreichische Regierung hat vor der Krise deutlich zugenommen, ist aber auch während der Krise, und zwar bis Frühjahr 2010, weiter gestiegen; in der EU hat es hingegen seit 2008 kontinuierlich abgenommen. Seit Herbst 2010 nimmt auch das Vertrauen in die österreichische Regierung ab,<sup>33</sup> war zuletzt aber immer noch höher als vor der Krise und auch weiterhin knapp doppelt so hoch wie in der EU. Noch größer als in die eigene Regierung ist allerdings das Vertrauen der Österreicher in die regionalen oder lokalen Behörden (69% gegen 43% in der EU), sehr viel geringer hingegen in die politischen Parteien (33% gegen 15%).

Diese Evidenz wirft zwei Fragen auf: erstens nach der Ursache der Diskrepanz zwischen dem relativ großen Vertrauen in die Politiker und dem

### Abbildung 6: Lebenszufriedenheit und Vertrauen in die Regierung

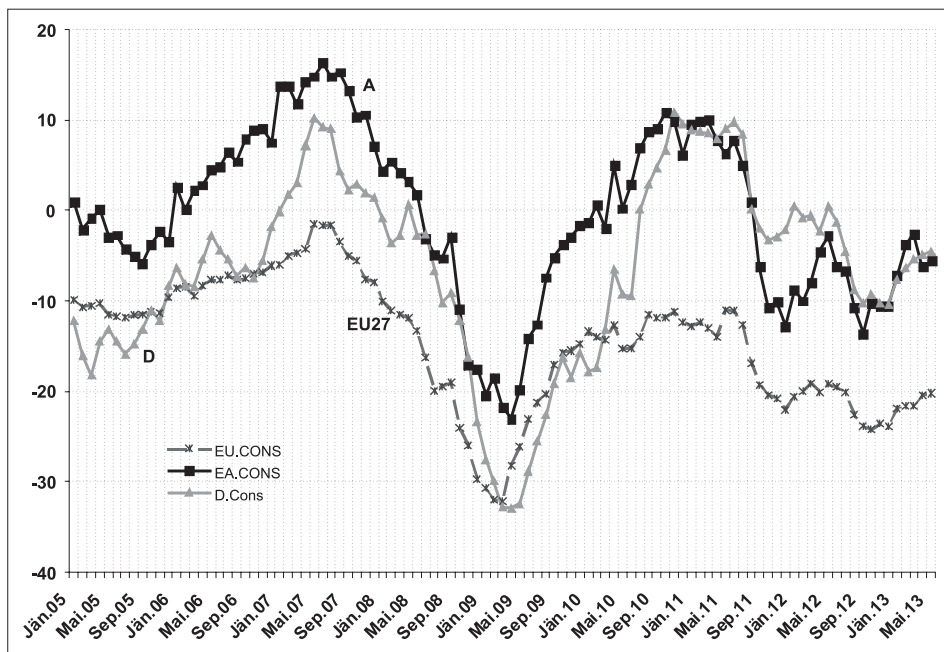


Quelle: Eurobarometer 78 und zurückliegende, gleitende 5-Perioden-Durchschnitte.

deutlich niedrigeren in die Parteien, werden die Politiker doch so gut wie ausnahmslos von den Parteien gestellt. Offenbar steht dahinter die nicht unplausible Vorstellung, dass die Politiker unter dem Druck der stärker ideologisch orientierten Parteifunktionäre stehen und dadurch in ihrem Handlungsspielraum beschränkt werden.<sup>34</sup> Zweitens stellt sich die Frage nach den Gründen für das größere Vertrauen der Österreicher in ihre nationalen Institutionen, dem Faktor, der in Österreich am stärksten – und stärker als anderswo – zur Stabilität der Einschätzungen und der Lebenszufriedenheit beitragen dürfte.

Offenbar ist es Regierung und Sozialpartnern gelungen, ein Klima des Vertrauens in ein bescheidenes Wachstum ohne extreme Risiken zu schaffen: Nach den GfK-Umfragen vom März 2013 halten sich die positiven und negativen Einschätzungen der Konjunkturlage in Österreich gerade die Waage (in der EU überwiegen die negativen), bei den Einkommenserwartungen überwiegen, anders als in der EU, die positiven um etwa ein Zehntel. Vor allem aber passen die Ergebnisse betreffend Konsumentenvertrauen in das Bild des persönlich-individuellen Optimismus der Österreicher. Sparen halten sie derzeit für wenig ratsam: Der Saldo zwischen positiven und negativen Antworten ist von rund 60% in den Jahren 2002-2008 auf 13% gefallen, was zwar angesichts der minimalen Zinsen durchaus verständlich ist, zugleich aber keine Sorge vor der Zukunft erkennen lässt. Dafür spricht auch, dass die Zeit für Anschaffungen derzeit für günstig gehalten wird: der Saldo zwischen positiven und negativen Antworten ist in diesem Fall von 0% auf 20% gestiegen und liegt bloß in Deutschland noch höher. Das spricht jedenfalls nicht für Angst vor der Zukunft, jedenfalls für geringere als in der EU (Abbildung 6). Allerdings ist das Konsumentenvertrauen – wie auch die diversen Makroeinschätzungen – volatiler als die Lebenszufriedenheit, es schwankt im Zeitablauf nicht bloß stärker als in der EU, sondern auch stärker als etwa in Deutschland. Eine gewisse Tendenz des Nachhinkens gegenüber dem Ausland mag zum Teil mit der Auslandsabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft zusammenzuhängen. Gemeinsam mit dem zweistufigen Optimismusgefälle liegt aber eine Interpretation als mediale Übertragungseffekte näher: Man misst sich lieber am Ausland als an eigenen Zielvorstellungen; das erklärt auch den großen Einfluss der „weltbesten“ Arbeitslosenrate auf die Lebenszufriedenheit.

Die Evidenz lässt vermuten, dass die Finanzkrise in Österreich, anders als im übrigen Europa, kaum verunsichernd gewirkt hat. Empirisch ist das schwer zu untersuchen, weil es für Österreich überhaupt keine und für die EU bloß den relativ einfachen Baker-Index gibt, der auf der Analyse bestimmter Stichworte in Zeitungen beruht. Er stieg seit Beginn der Finanzkrise kontinuierlich und steil an; mit der Lebenszufriedenheit in der EU ist der Baker-Index tatsächlich, vor allem seit der Finanzkrise, negativ korre-

**Abbildung 7: Konsumentenvertrauen**

Quelle: OeNB.

liert ( $r = -0,45$ ), nicht jedoch mit der österreichischen ( $r = 0,06$ ). Beides ist für die Fragestellung dieser Arbeit allerdings insofern wenig relevant, als außer Frage steht, dass die Medien, auf deren Auswertung der Index beruht, die Krise hochspielen. Unklar ist die Reaktion der Österreicher auf die Medienberichte. Einerseits zeigt das Eurobarometer ein erheblich höheres Medienvertrauen als im EU-Durchschnitt (wenn auch, wie bei den meisten anderen Indikatoren, abermals niedriger als in Skandinavien), andererseits scheinen die Krisenmeldungen der Medien die Bevölkerung nicht sehr zu beeindrucken. Augenscheinlich hört und liest sie von der Krise und deren schweren Folgen in anderen Ländern, fühlt selbst aber keine unmittelbaren Folgen („Ich kann weder im Einkaufszentrum noch im Gasthaus irgendetwas von einer Krise bemerken“); es scheint, dass die Österreicher zwar vorsichtiger, aber nicht unzufrieden geworden sind.<sup>35</sup> Finanzielle Sicherheit erscheint ihnen wichtiger als rasches Wachstum der Einkommen, solange sie die Verteilung als halbwegs fair einschätzen.<sup>36</sup>

## 5. Versuch eines Ausblicks

Die Lebenszufriedenheit der Österreicher ist bisher durch die Finanzkrise (fast) nicht beeinträchtigt worden. Das bedeutet nicht, dass man die